

2. Die neue Schule muß den mannigfaltigen Anlagen und Begabungen nach Art, Grad und Geschwindigkeit der Entwicklung angepaßt sein. Sie wird deshalb dem Lehrinhalt nach nicht nur mit den Wissenschaften, sondern vor allem auch mit den praktischen, technischen und sozialen Gütern

arbeiten müssen. Reich und Staat haben dafür zu sorgen, daß jedem deutschen Kinde in Land und Stadt eine möglichst gleichmäßig bemessene Mindestbildung technisch und wirtschaftlich ermöglicht wird.

3. Die neue Schulorganisation muß alle die mannigfachen Schularten, die sie den Begabungen und Berufen gemäß einzurichten hat, in stufenweiser Abzweigung aufbauen, in ein einheitliches System mit tunlichst zahlreichen Übergangsmöglichkeiten bringen und unter einheitliche behördliche Leitung stellen. Die Berechtigungen zum Übergang zu höheren Ausbildungsmöglichkeiten (insbesondere zur Hochschule) dürfen nicht ausschließlich an die Absolvierung bestimmter Schulbahnen gebunden sein. Außer den starren Berechtigungen müssen auch für besondere Vorbildungen und besondere Veranlagungen individuelle Zulassungen durch Aufnahmeprüfungen oder Erprobungszeiten möglich sein.

4. Die neue Schule muß trotz ihrer Gestaltung nach Veranlagungen, Begabungen und Berufen in ihrem Ziele stets den Menschen im Auge haben. Sie darf den Menschen nicht im Berufsarbeiter untergehen lassen.

5. Alle Schulgesetze dürfen nur Rahmengesetze sein, innerhalb deren die Freiheit der einzelnen Schulträger nicht beeinträchtigt werden darf.

B. Einzelheiten der Neugestaltung.

1. Die gemeinsame Grundschule muß mindestens vierjährig sein. Versuche mit einer noch weiter ausgebauten Grundschule sind erwünscht.

2. Für die Kleinkinder, die der besonderen geistigen Pflege bedürfen, sind nach Bedarf Kindergärten unter fachlich geschulter Leitung einzurichten.

3. Als gradlinige Weiterführung der Volksschulen sollen Aufbauschulen als neue Form der höheren Schulen eingerichtet werden. Bei Anlage des Lehrplans der Aufbauschulen muß auch in diesem Falle leitender Grundsatz sein, daß die Höhe der zu erreichenden Geistesbildung gegen den bisherigen nicht vermindert werden darf.

4. Die Aufbauschule ist vornehmlich als Sammel-schule einzurichten zur Aufnahme der besonders begabten Schüler vom Lande und aus kleinen Städten.

Die weiteren Verhandlungen des Ausschusses galt es dem Schulkompromiß (Berichterstattender Stadtrat Professor Dr. Ziehen), der Lehrerbildung (Schulrat Professor Dr. Umlauf) und der Schülerschule (Lehrer Karl Göhe und Professor Dr. W. Sten) und führten zu folgenden Entschlüssen:

1. Zum Schulkompromiß: Der Deutsche Ausschuss für Erziehung und Unterricht kann in dem in Artikel 146 der Verfassung vorliegenden, nach seiner Ansicht nicht ausreichend und nicht zweckmäßig vorbereiteten Kompromiß eine auf die Dauer befriedigende Lösung der Schulgestaltungsfrage nicht erblicken. Um eine schwere Schädigung des Schulwesens durch den Kompromiß zu vermeiden, hält der Deutsche Ausschuss für nötig, daß durch das geforderte Reichsschulgesetz

1. die durch die Anträge der Erziehungsberechtigten zu bewirkenden Änderungen einer zu raschen zeitlichen Auseinanderfolge entzogen werden,

2. der Begriff des geordneten Schulbetriebes nach den Forderungen der heutigen Pädagogik, insbesondere in bezug auf die Mehrstufigkeit und Differenzierung der Volksschule bemessen wird,

3. die durch Artikel 174 vorgesehene besondere Berücksichtigung der eine Simultanschule gesetzlich besitzenden Reichsgebiete im Sinne der vollen Erhaltung dieser Schulart klar vorgeschrieben wird.

2. Zur Lehrerbildung: Der Deutsche Ausschuss für Erziehung und Unterricht begrüßt mit Freude, daß durch Artikel 143 Abs. 2 der Reichsverfassung eine den Anforderungen der Kulturpolitik entsprechende Lehrerbildung gesichert ist. Er hält für erwünscht, daß die Vorbildung und die durch Urlauberteilung vielseitig zu fördernde Weiterbildung der Volksschullehrer soweit irgend möglich mit den Hochschulen in Zusammenhang gebracht wird. Er erklärt es ferner für zweckmäßig, wenn Versuche im Sinne eines einheitlichen Systems der Ausbildung aller Lehrkräfte für die allgemeinbildenden Schulen an den geeigneten Stellen in tunlichst

weitem Umfange sofort vorgenommen werden. Die seines Erachtens erforderliche umfassende einheitliche Erörterung der Gesamtfragen der Lehrerbildung, einschließlich der Ausbildung der Fortbildungs- und Fachschullehrer, behält er sich für eine demnächstige Gelegenheit vor.

Zum Thema der Schülerschule konnten infolge der vorgerückten Zeit nur die Berichte entgegengenommen werden, die Ansprachen und Beschlüßfassung wurden vertagt.

Die Verhandlungen, an denen auch Vertreter des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht teilnahmen, erwiesen die nahe Verwandtschaft der Aufgaben dieses Instituts mit denen des Deutschen Ausschusses und führten zu einem Zusammenschluß beider Körperschaften im Sinne vereinigter Arbeit für die Durchführung der gemeinsamen Ziele.

Für die nächste Tagung sind in Aussicht genommen vor allem die Behandlung der Frage des Land-schulwesens, die von einem Ausschuss für das ländliche Bildungswesen (Vorsitzender Dr. Seedorf als Vertreter des Deutschen Landwirtschaftsrats) vorbereitet wird, sodann die Frage der Schülerschule.

Die Frage der Reichsschulgesetzgebung wird durch einen besonderen Ausschuss unter dem Vorsitz von Geheimrat Dr. Wilms gefördert werden.

Französische Gesittung.

Eine Gefühlslosigkeit sondergleichen wird aus Ludwigshafen berichtet:

Am Tage der Verdrückung des Postverwalters See, der bei dem Ueberfall der Landesverräter auf das Postamt in Ludwigshafen von französischen Soldaten getötet worden war, spielte sich folgender Vorgang ab:

Nachmittags bewegte sich vom Gemeindefeuerhaus Mundenheim, woselbst die französischen Besatzungstruppen einquartiert sind, ein eigenartiger Leichenzug. Zuerst erblickte man zwei als Meßdiener aufgekuppelte französische Soldaten, die ein Hemd über die Uniform gezogen hatten, und brennende Kerzen in den Händen hielten. Ihnen folgte ein als katholischer Geistlicher verkleideter Franzose. In der Hand trug er eine Blechbüchse — Weihwassergefäß — und einen mit Lumpen umwickelten Stab — Weihwedel. Dem „Geistlichen“ folgten vier Soldaten in voller Uniform, die eine Bahre trugen, auf der sich eine fargähnliche Kiste befand. Sie war mit braunen Zetteln verhängt und mit Blumen und schwarzem Flor verziert. Neben dem Sarg marschierten Soldaten mit aufgeschlagenem Seitengewehr, dahinter folgte mit Papierfächchen, die schwarze Hosenhaken trugen, daran schloß sich dann der Haufen der „Leibtragenden“, etwa 20 Soldaten, deren lärmendes Geschrei die ganze Nachbarschaft an die Fenster lockte. Der Zug bewegte sich nach dem freien Plage Ecke Krüger- und Bahnhofstraße, wo unter dem gleichen Lärm und Geschrei die „Verdrückung“ vor sich ging. Da sich der Vorgang im Anschluß an die Verdrückung des Postverwalters See abspielte, war es klar, daß diese Komödie eine Verhöhnung der Beisehung des für sein Vaterland gefallenen Beamten sein sollte. Die namenlose Empörung der Einwohnerschaft läßt sich denken. Selbst französische Soldaten, die nicht an dem Aufzug teilnahmen, waren sichtlich peinlich berührt, aber kein Vorgefahre hinterließ die rohen Gefühlen an ihrem Treiben.

Eine Frechheit.

Aus Baden wird gemeldet:

Erbittern wirkt eine Bekanntmachung des französischen Oberleutnants Pineau, die dieser in den Blättern veröffentlicht. Sie lautet:

Auf eine Anfrage der deutschen Behörden hat der kommandierende General der 10. Armee geantwortet, daß er nichts dagegen hat, wenn die Befreiung der deutschen Behörden in Kraft gesetzt wird, die eine bessere Verpflegung der nach Hause zurückkehrenden Kriegsgefangenen während der ersten sechs Monate nach ihrer Rückkehr vorsieht. Es ist wohl natürlich, daß die deutschen Behörden sich darum bemühen, den heimkehrenden Kriegsgefangenen eine Lebensmittellage zuzuwenden, um ihnen den Übergang zu erleichtern von der kräftigen Ernährung, die ihnen in der Gefangenschaft gewährt wurde zu der geringen Kost, die durch das deutsche System der Lebensmittelverteilung bedingt ist.

Deutsche Soldaten in der Besatzungsarmee?

Aus Koblenz wird berichtet: Sechs deutsche Soldaten der Reichswehr waren beim hiesigen amerikanischen Hauptquartier vorstellig geworden; sie beantragten die Einstellung in die Besatzungsarmee. Angeblich wollten sie schon in Berlin im Dienste des amerikanischen Quartiermeister-Korps gestanden haben. Die amerikanische Behörde wies die Anträge „vor der Ratifikation des Friedensvertrages“ zurück. Wie müssen solche Vorkommnisse auf unsere Feinde wirken. Hatten denn diese Soldaten jedes Gefühl für das Würdelose ihres Verhaltens verloren?

Genaue Anwendung des Friedensvertrages.

In Paris trat der Kongress der radikalen und sozialistisch-radikalen Partei zusammen, um die Politik im Hinblick auf die Neuwahlen festzulegen. In einer einstimmig angenommenen Erklärung werden die Arbeiter aufgefordert, zur Ueberwindung der gegenwärtigen wirtschaftlichen und moralischen Krise genaue Anwendung des Friedensvertrages zu verlangen. — Diese Kundgebung gegen die Gewalttätigkeit der Franzosen im besetzten Gebiet ist zu begrüßen, allerdings haben die Parteien, von denen sie ausgeht, in Frankreich keine Mehrheit hinter sich.

Deutschland und die Armenier.

Der nach längerem unfreiwilligen Aufenthalt in Malta aus der Türkei zurückgekehrte General Liman von Sanders äußert sich jetzt zu den Besatzungen der Entente gegen Deutschland wegen der Armenierverfolgungen. Es sind das sinnlose Verschuldigungen, die auf der vollständigen Verkennung des Verhältnisses der Türken zu den Deutschen während des Krieges beruhen. Dessenungeachtet, sagt Liman von Sanders, welche glauben, daß die Türken deutsche Offiziere in ihre innerpolitischen Angelegenheiten Einblick gewinnen ließen, befinden sich in einem grundlegenden Irrtum, und zu diesen innerpolitischen Angelegenheiten rechneten die Türken ihr Verhältnis zu den Armeniern sowie ihre vielfach grausamen Maßregeln gegen sie.

Die zuständige Abteilung des türkischen Hauptquartiers, welche alles bearbeitete, was mit innerer und äußerer Politik in irgendeinem Zusammenhang stand, war die zweite Abteilung des Hauptquartiers. Sie ist nur in türkischer Hand gewesen! Als Oberbefehlshaber türkischer Armeen hat sich meine Tätigkeit während des Krieges nur im äußersten Westen und im letzten Jahre vom 1. März ab im äußersten Süden des türkischen Reiches vollzogen, also in einer Entfernung von weit über 1000 Kilometer von dem sogenannten Armenien. — In meinen Armeebezirken haben — außer in Smyrna gegen 7000 — Armenier nur vereinzelt und zerstreut gewohnt. Sie habe ich geschützt, und ihnen habe ich geholfen, insofern es irgend in meiner Macht lag.

Als ich im November 1916 nach Smyrna kam, teilte mir der deutsche Konsul mit, daß der dortige Wali 600 Armenier — darunter Frauen, Kinder und Kranke — durch Polizisten und Gendarmen habe aus ihren Häusern holen lassen. Sie seien in zwei Eisenbahnzügen in Richtung Afyon Karahissar abtransportiert worden. Ich ließ dem Wali eröffnen, daß, wenn noch ein einziger Armenier von seinen Organen festgenommen oder aus seinem Hause geholt werde, ich die Truppen gegen seine Polizisten und Gendarmen vorgehen lassen werde. Nach langwierigen Verhandlungen erreichte ich, daß die bereits abtransportierten Armenier nach Smyrna zurückgebracht wurden. Der geschilderte Vorgang hat sich naturgemäß angefaßt zahlreicher Zeugen vollzogen. Dem deutschen Botschafter habe ich damals umgehend das Geschehene berichtet, und er hat den Bericht an das Auswärtige Amt weitergegeben.

Liman von Sanders schließt mit dem Vorwurf gegen das Auswärtige Amt, daß es ignoriert gegen die Verleumdungen der Entente nicht energisch geschritten habe. „Es ist eine Schmach, daß es durch Monate hindurch möglich war, daß deutsche Offiziere vor der ganzen Welt mit „Massacres des Armeniens“ belastet werden, während sie im Gegenteil pflichtgemäß für die Armenier eingetreten sind, wo dies möglich war.“

Unter dem Strich.

„Sie müssen im „Aufwärts“ den Frauen mehr bieten an unterhaltendem Stoff. Sie müssen unter dem Strich einen Roman oder eine Erzählung bringen, dann werden sich die Frauen mehr für das Blatt interessieren und dafür werden bei Freunden und Bekannten.“

Neun Monate sind ins Land gegangen seit der Gründung unseres Blattes. Die Leserschaft ist von Monat zu Monat gewachsen. In Hunderten von Zuschriften ist uns die freudigste Zustimmung ausgesprochen worden zu der inhaltlichen Gestaltung des Blattes. Die einen freuten sich der Leitartikel und sind dankbar, daß sie in unserem Blatt auch einmal Fragen behandelt sehen, die in der bürgerlichen Partei- und parteilosen Presse gewöhnlich aus Partei- oder Geschäftsrücksichten nicht besprochen werden. Andere klagen wohl auch einmal, daß die Artikel zu lang und zu gelehrt seien. Wieder andere danken, daß „Aufwärts“ in kurzer, knapper Form über die politischen Vorgänge berichtet und nicht allzusehr in Versuchung führe, dem Inseratenteil zu lange Aufmerksamkeit zu widmen. Manche klagen wohl auch mal, daß sie etwas reichlich spät erfahren, wann und wo Herr Scheidemann, Herr Erzberger und andere bedeutende Männer volksbeglückende Reden gehalten haben. Viele Leser wünschen, daß möglichst ausgiebig hauptsächlich über Fragen des Reiches Gottes, der Kirche, der Gemeinschaftsbewegung und aller Bestrebungen, die den sittlichen Aufbau des Volkslebens zum Ziel haben, berichtet werde. Andere warnen davor, die Zeitung nicht zum Erbauungsblatt in der Art der Sonntagsblätter werden zu lassen. Sehr viele freuen sich über den Spruch, den wir jeden Tag an die Spitze des Textes stellen und dessen Aus-

wahl uns nicht immer ganz leicht wird. Einer verurteilte in diesen Tagen ein Gedicht, welches uns Freude gemacht hatte, mit aller Schärfe und meinte, dieses Sachfinden, wie es der Druker nennt, um die Seite voll zu kriegen, hätten wir doch wohl nicht nötig.

Das sind alles Stimmen aus unserem Leserkreise, die wir gerne hören. Es würde uns viel lieber sein, daß alle, die etwas auszusagen und zu klagen haben, uns recht grobe Briefe schreiben, uns ihre Meinung ganz energisch sagen, als wie daß einer oder zehn das Blatt für das nächste Quartal abbestellen.

Es gibt nun auch viele Zeitungsläser, die gar nichts danach fragen, ob ihre Zeitung berichtet, wer in Amerika Präsident, wer in Montenegro König oder wer in Deutschland Finanzminister ist; denen es gleichgültig ist, welche neue Verfassung die evangelische Kirche bekommt, wie sich das Wohnungs-Siedlungs- oder Sozialisierungsgesetz gestaltet. Dieser Bagatellen wegen nehmen sie keine Zeitung in die Hand. Und doch stehen sie des Morgens an der Haustüre und erwarten sehnsuchtsvoll den Briefträger, der die Zeitung bringt. Was ist es, daß sie voller Erwartung und Erregung dem Boten die Zeitung aus der Hand nehmen läßt? Es ist die Zeitschrift, welche „unter dem Strich“ steht, es ist der Zeitungsroman. Das, was heute die Fortsetzung unter dem Strich bringt, beschäftigt sie nach dem ersten Augenblick, hat sie vielleicht schon des Nachts im Traume beschäftigt, reizt und lockt sie vielleicht mehr als der erste Morgenkaffee mit den schönen butterbeschnittenen, frischen Morgenbröchen vergangener Zeiten.

Solche Leser hat, Gott sei Dank, unser „Aufwärts“ nicht. Ein oder zwei Karten sind es gewesen in den neun Monaten, die so ähnlich klangen als wie die ersten beiden Sätze in

diesen Ausführungen. Das ist uns immer eine große Freude gewesen, zu wissen, daß es unseren Lesern nicht zu tun ist um vorübergehenden Sinnesrausch, sondern daß ihr Herz und Ohr ernst, aufbauender Arbeit gehört. Gott gebe, daß es so bleiben möge.

Und doch!

Als wir neulich zur Abwechslung und weil es uns auch gut gefiel, einmal „Schweizer Juliane“, Erinnerungen von Lilli Gottfried, unter dem Strich brachten, sind uns doch einige Zeichen fröhlichen Dankes zugeflogen. Es war kein Roman. Es waren ganz vollständig geschriebene, schlichte Erinnerungen aus dem Leben. Da merkten wir, daß wir damit doch einer Anzahl Leser und noch mehr Leserinnen eine Freude gemacht hatten. Freude wollen wir uns auch fernerhin, besonders wo die Zukunft schwer und trüber vor uns liegt, so viel als möglich zu machen suchen. Da will uns nun Lilli Gottfried wieder helfen. Schon vor längerer Zeit legte sie uns eine kleine Erzählung auf den Redaktionstisch mit der Überschrift „Sie suchet nicht das Ihre“. Die Geschichte gefiel uns wieder gut. Weil wir aber diese Monate hindurch so manchen wertvollen Stoff hatten, stellten wir das Zudeckbrot immer wieder zurück. Nun kommt es an die Reihe. Niemand erschrecke, wenn die Geschichte gleich damit anfängt, daß sich zwei junge Leute gerne haben. Wir hoffen, daß die zum Teil ergreifenden Schilderungen unseren Lesern nicht nur vorübergehende Freude, sondern auch inneren Gewinn bringen werden. Und die, denen derartige Lektüre durchaus überflüssig für unser Blatt erscheint, mögen diese kleine Freude den anderen gern gönnen und sich mit der einen Tatsache trösten: Es steht ja „Unter dem Strich“.

...deutsche Sol-
...amerika-
...s; sie bean-
...e Besatzungs-
...on in Berlin im
...meister-Korps ge-
...Behörde wies die
...Friedensvertrages
...minisse auf unsere
...e Soldaten jedes
...haltens verloren?
...ensvertrages.
...der radikalen und
...um die Politik
...zulegen. In einer
...g werden die Kräfte
...der gegenwärtigen
...Krise genaue An-
...erlangen. — Diese
...it der Franzosen
...n, allerdings ha-
...usgeht, in Frank-

Armenier.
...en Aufenthalt in
...re General Li-
...jekt zu den Be-
...Deutschland wegen
...das sinnlose Be-
...igen Vernehmung
...n Deutschen wä-
...gen, sagt Lina-
...e Türken deutsche
...gelegentlich Ein-
...in einem Grund-
...esen innerpolitisch.
...Türken ihr Ver-
...re vielfach grau-
...türkischen Haupt-
...was mit innerer
...Zusammenhänge
...Hauptquartiers.
...d gewesen! Als
...at sich meine Zä-
...äußersten Westen
...ab im äußersten
...n, also in einer
...ometer von dem
...n Armeebeständen
...000 — Armenier
...nt. Sie habe ich
...ten, insofern es
...ch Smyrna kam,
...daß der dortige
...nen, Kinder und
...armen habe aus
...in zwei Eisen-
...schar abtransport-
...ffnen, daß, wenn
...en Organen fest-
...geholt werde, ich
...und Gendarmen
...rigen Verhand-
...transportierten
...t wurden. Der
...emäß angeführ-
...tischen Vorkämp-
...Geschichte be-
...das Auswär-
...dem Vorwurf
...ihn gegen die
...tergisch geführ-
...s durch Monate
...offiziäre vor der
...eniens" belastet
...stichtgemäß für
...s möglich war."

Die Lage in Rußland.

Dr. Grottel der Bolschewisten.

In einer Versammlung englischer Journalisten hielt ein aus Rußland zurückgekehrter britischer Agent einen Vortrag über die Lage in Sowjetrußland. Der Agent, namens Dukes, hat seit Beginn des Feldzuges in der Roten Garde gedient. Er erklärte, daß die große Masse des russischen Volkes von einem glühenden Haß gegen die Bolschewisten erfüllt sei, der jedoch unter dem Schreckenregiment nicht zur Geltung kommen kann; trotzdem seien Ausstände an der Tagesordnung und dauernd würden Bauernaufstände gemeldet, die jedoch schonungslos unterdrückt würden. Im Bezirk Simbirsk habe unlängst die bolschewistische Artillerie drei aufständische Dörfer dem Erdboden gleich gemacht.

Denikin wachsender Erfolg.

Die Bolschewisten berichten, daß sie etwa 40 Meilen westlich von Kurl, geräumt haben und westlich und nordwestlich von Kurl im Kampfe stehen. Die Bedeutung der Front Denikins wächst dauernd. Großbritannien wird ihn wie bisher mit Munition, Ausrüstungsgegenständen und Kriegsmaterial, z. B. Tanks, unterstützen. Denikin befehligt jetzt ein Heer von 300 bis 500 000 Mann.

Admiral Koltisch hat die Vertreter der Allierten von seinem Beschluß, auf den Rang als Oberbefehlshaber zugunsten Denikins zu verzichten, in Kenntnis gesetzt.

Keine Anerkennung der Randstaaten.

Telegrammen aus Reval zufolge haben die Vertreter der Entente-Kommissionen Estland, Lettland und Litauen mitgeteilt, daß die Friedenskonferenz die Unabhängigkeit dieser Länder nicht anerkenne, auch wenn sie mit den Bolschewisten Frieden schließen sollten.

Scharfe Maßnahmen Moskau.

Der Reichswehrminister hat einen besonderen Offizier nach dem Osten geschickt, der ihm täglich Nachrichten über die dortige Lage erstattet. Gegen die Truppen, die sich noch dem Abtransport aus dem Baltikum widersetzen, werden die schärfsten Maßnahmen angewendet werden.

Die Streikwelle

im In- und Auslande.

Der Landarbeiterstreik in Estland.

Die vom Landwirtschaftsminister in den Kreis Estland zur Streikbeilegung entsandten Kommissare haben, da trotz Warnung des deutschen Landarbeiterverbandes ein Teil der Arbeiter den Tarif brach und teilweise Terror geübt wurde, zum Schutz der Arbeitswilligen und zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung den Kreis durch Militär besetzen lassen. Der deutsche Landarbeiterverband hat seine tarifbrüchigen Arbeiter ausgeschlossen.

Der Streik an der Wasserfront.

Der Streik der Seeleute, der einen Kampf des kommunistischen Seemannsbundes gegen den sozialdemokratischen Transportarbeiterverband darstellt, macht sich bei dem gegenwärtigen Stand der Seeschifffahrt in Hamburg nur wenig bemerkbar. Die Altonaer Seeleute haben sich dem Sympathiestreik angeschlossen. Auch auf die Mannschaft der in Cuxhaven liegenden Schiffe hat der Streik übergreifen. In erster Linie wird der Fischdampferverkehr davon betroffen. Die einlaufenden Fischdampfer fahren bis auf weiteres nicht wieder aus, was um so bedauerlicher ist, als sie stets große Fänge auf den Markt gebracht haben.

In Bremen dauert der Streik der Straßenbahner und Hafenarbeiter weiter an. Die Arbeit im Hafen wird von Freiwilligen unter dem Schutz der Stadtwehr aufrecht erhalten.

Stettin im Dunkeln.

Der Streik der Gasarbeiter dauert hier noch an. Die Wasserwerksarbeiter haben beschlossen, falls es am Mittwoch nicht zu einer Einigung kommt, gleichfalls die Arbeit ruhen zu lassen. Unter dem Gasarbeiterstreik haben viele Betriebe zu leiden. So können unter anderem die Zeitungen nur in sehr vermindertem Umfang erscheinen. Die Stadt ist ohne Straßenbeleuchtung.

Eisenbahnerausstände im Auslande.

Der Generalsekretär der englischen nationalen Eisenbahnerschaft Thomas hat bekanntgegeben, daß ein Ultimatum in der Eisenbahnkrise an die Regierung abgesandt worden ist, welches am Donnerstag mittag abläuft.

Die Mitteilung der gemäßigten Führer der Eisenbahner, daß ein allgemeiner Eisenbahnerausstand in England droht, schlug in London wie ein Blitz aus heiterem Himmel ein. Die Streikgefahr ist auf die Unzufriedenheit der Eisenbahner wegen der Nicht-einführung der Nichtlöhne zurückzuführen. Der Sekretär der Vereinigung der Lokomotivführer und Setzer soll erklärt haben, ihm sei nichts von einer Krise im Eisenbahnwesen bekannt.

Aus Washington kommt die Meldung, daß der Vorsitzende der Versammlung der amerikanischen Eisenbahner den Senat gewarnt hat, jeder Versuch, den Eisenbahnern den Ausstand zu verbieten, werde die Revolution zur Folge haben.

Streikende belgische Kolonialbeamte.

Ein Telegramm aus Elisabethville (Kongo) vom 16. September besagt, daß angesichts der Unentschiedenheit der Regierung in der Frage der Gehaltserhöhung der belgischen Kolonialbeamten ein Ausstand der Letzteren bevorstehe. Der Minister wurde von dem Ernst der Lage verständigt.

Denken Sie rechtzeitig

daran, die Rettung für Oktober weiter zu bestellen.

Preuß. Landesversammlung.

51. Sitzung. Donnerstag, den 25. September 1919. Die zweite Beratung des Haushaltsplanes wird fortgesetzt bei der

Bauverwaltung.

Abg. Müller-Mörs (Soz.): Es ist höchst interessant, daß der einstige Kanalgegner Herr von Kries jetzt den Bau des Mittellandkanals als ein dringendes Bedürfnis bezeichnet. Uns kommt es bei dem Bau weniger auf diese oder jene Linienführung an, sondern hauptsächlich darauf, daß die Arbeiter und Angestellten eine entsprechende Entlohnung erhalten. Die tariflichen Bedingungen müssen unter allen Umständen auch bei diesen Notstandsarbeiten innegehalten werden. Die Unternehmer sehen sich schon wieder danach um, ausländische Arbeiter zu bekommen.

Abg. Paul Hoffmann (N. Soz.): Weshalb hat man die Verfrachtung der Kohlen auf Rähnen so schlecht angeordnet? Die Schuld an der Kohlennot trägt die verlotterte Staatsbürokratie! Wir fordern, daß in den Wasserstraßen-Beiräten die Arbeiter einen entscheidenden Einfluß erhalten.

Abg. v. Nicker-Hannover (D. Vp.): Die große Bedeutung des Mittellandkanals hat der Krieg zur Genüge erwiesen. (Sehr richtig!) Nach Hildesheim muß ein Stichkanal gebaut werden. Der Wertzuwachs, der durch den Bau des Kanals den Anliegern ohne Arbeit in den Schöpf fällt, muß der Allgemeinheit zugewendet werden. (Zustimmung.)

Minister Dr. Deier: Ich hoffe, daß es auch in Zukunft noch möglich sein wird, Wasserstraßen zu bauen. Die Vorarbeiten zum Mittellandkanal sind weiter gefördert worden. Eine Denkschrift ist in Arbeit, Sachverständigenurteile werden eingeholt werden. Das Haus wird dann zu beschließen haben, wie und in welchem Tempo dann

Der Mittellandkanal gebaut werden soll.

Das große Werk der Befestigung der Halligen ist eine erste Kulturart. Die Arbeit ist mit gutem Gelingen vollbracht worden. Es wird so wertvolles Kulturland gewonnen. (Beifall.)

Ein Ausgleich zwischen der Stellung der Juristen und der Techniker wird angestrebt. Eine stärkere Verrückung der Verwaltung ist erfolgt, auch in der maschinentechnischen Abteilung. Nur die dringendsten Forderungen können erfüllt werden. In erster Linie kommen die gefährdeten Provinzen heran. Wir müssen unsere Freundschaft und Zuneigung ihnen nicht durch Worte kundgeben, sondern auch durch frische Taten. (Beifall.) Ich bin in Nordschleswig und Ostpreußen gewesen und habe dort die nötigen Anordnungen getroffen. (Beifall.) Wir sind mit unserem Herzen in diesen gefährdeten Landesteilen. Wir werden ihnen unsere Liebe bewahren. Kein Friedensvertrag, kein Botschaftsamt kann uns vornehmen, diese Zuneigung auch offen auszupressen. (Beifall.)

Die Elektrizität bietet für uns starke Zukunftshoffnungen. Nicht nur die Ausnützung der Wasserkraft, sondern auch die Umgestaltung unserer ganzen Brennstoffversorgung ist durchzuführen. Wir wollen die Kraft anders gewinnen als bisher, wirtschaftlicher, als durch die Verfeuerung der Kohle geschehen ist, also auf dem Wege der Entwicklung der Brennstoffe in elektrische Kraft. Die Öffentlichkeit wird über unsere Pläne bald unterrichtet werden, über das große Werk der Elektrifizierung der Eisenbahnen. (Beifall.)

Abg. Woldt (Soz.): Die Zusage des Ministers in Bezug auf die Heranziehung der Techniker befriedigt uns nicht. Das Juristenmonopol muß gebrochen werden. Gerade das Programm der rationalen Bewertung der Brennstoffe läßt sich nicht ohne die Sachkunde der Techniker durchführen.

Abg. Freiherr v. Wangenheim (Zentr.): Die Nordlinie ist beim Mittellandkanal von größter Bedeutung. Stichkanäle nach Peine und Hildesheim müssen gebaut werden.

Abg. Dierck (Dem.): Wann wird die Regierung uns eine Vorlage über die Weiterführung des Mittellandkanals bringen? Hat man sich schon auf eine bestimmte Linienführung festgelegt?

Unterstaatssekretär Dr. Peters: Sobald die Vorarbeiten durch die Wasserstraßenbeiräte beendet sind, wird die Vorlage über den Mittellandkanal dem Hause zugehen. Die Vorarbeiten sind für jede Linienführung geeignet.

Abg. Engel-Stettin (Deutschn. Vp.): Die Lehmwarenbetriebe bieten immerhin einen Ausweg in unserer Wohnungsnot. Im Bedingungsweisen läßt die Bezahlung der Rechnungen oft jahrelang auf sich warten. Den gestellten Anträgen stehen wir sympathisch gegenüber.

Abg. Renger-Oberhausen (D. Vp.): Manchen Verwaltungsbeamten fehlt noch immer der Sinn für soziale Verständigung.

Unterstaatssekretär Dr. Peters: Moderner Geist herrscht in der Zentralverwaltung durchaus; auch die Provinzialbehörden sind in diesem Sinn angewiesen worden.

Damit schließt die Aussprache. Anträge des Haushaltsausschusses, im Interesse der Arbeiter und Angestellten werden angenommen. Ebenso Anträge auf Gleichstellung der höheren technischen Beamten mit den anderen.

Damit ist der Haushalt der Bauverwaltung erledigt.

Freitag 12 Uhr: Anfragen, Finanzverwaltung.
Schluß: 5 1/2 Uhr.

Deutsches Reich.

Die polnischen Führer Wróblewski, Koranyi und Diamant sind nach Berlin unterwegs, um da die Verhandlungen wieder aufzunehmen.

Der Chef der Admiralität, Konteradmiral von Trotha, veröffentlicht aus Anlaß der Verminderung der Wehrmacht zur See eine Kundgebung an die

Marine. Er führt aus, daß die deutsche Flotte überall ihre Flagge zeigen können, immer in erster Linie stehend, wenn es heißt, dem Werte des Friedens und dem Ansehen des arbeitamen deutschen Volkes zu dienen, unserer von allen Völkern bewunderten Handelsflotte und den unter treudeutscher Wirtschaft aufblühenden Kolonien helfend zur Seite zu stehen und zwischen der Heimat und den Deutschen im Auslande ein Bindeglied zu sein. Jetzt heiße es, in unserem gebrochenen Vaterlande überall Hand anzulegen, um eine neue Zukunft aufzubauen. — Die Kundgebung schließt mit einer Erinnerung an die einzelnen Erfolge der Flotte im Kriege und mit der Aufforderung an alle Angehörigen der Marine, in Erinnerung an die toten Kameraden einander überall und zu allen Zeiten die Treue zu halten und mit aller Kraft am Wiederaufbau des Reiches mitzuwirken.

Die Aussprache der Finanzminister. Bei den zwischen den einzelstaatlichen Finanzministern in Bamberg stattgefundenen Verhandlungen, die den Charakter einer unverbindlichen Aussprache trugen und wobei Beschlüsse nicht gefaßt wurden, gelang es, für die weitere Behandlung der zurzeit im Vordergrund stehenden wichtigen Fragen eine Uebereinstimmung zu erzielen, welche der Lebensnotwendigkeit des Reiches wie der Gliedstaaten Rechnung trägt.

Die Angestellten im Betriebsrat. Bei der Fortsetzung der Beratung des Betriebsrätegesetzes trat die Frage der Angestellten in den Vordergrund. Die Regierungsvorlage stellt diese den Arbeitern gleich, verurteilt sie damit wegen ihrer kleineren Zahl zur Einfluslosigkeit. Der deutsche nationale Abgeordnete Schiele begründete einen Antrag auf Errichtung getrennter Ausschüsse für Arbeiter und Angestellte, deren Vorstände den Betriebsrat bilden sollen. Der Zentrumsabgeordnete Schwarzer verlangte eine volle Sondergruppierung der Angestellten und Arbeiter. Bisher hätten sich die Arbeiter um die Interessen der Angestellten wenig oder gar nicht gekümmert. Die sozialdemokratischen Abgeordneten Obermeyer und Dietrich bekämpften jede Abschwächung der Regierungsvorlage. Der Demokrat Erlenz begründete einen Antrag, der auch eine Trennung der Räte für Angestellte und Arbeiter verlangt, aber schon bei zehn Angestellten einen Betriebsrat fordert. Arbeitsminister Schiele sprach sich abermals gegen die Trennung der Betriebsräte nach Arbeitern und Angestellten aus. Die wirtschaftlichen Bestrebungen der Angestellten unterschieden sich nicht mehr viel von denen der gelehrten Arbeiter. Nach den Mehrheitsverhältnissen in der preussischen Landesversammlung ist mit einer Entscheidung dieser Frage gegen den Regierungsvorschlag zu rechnen.

Der Ebertpalast in der Wilhelmstraße. Reichsfinanzminister Erzberger teilte im Haushaltsausschuß mit, daß das bisherige Kaiserliche Hausministerium in der Wilhelmstraße für den Reichspräsidenten eingerichtet werden soll. Gegen die Erhöhung der Aufwandsentschädigungen für den Reichspräsidenten und den geforderten großen Beamtenapparat wandten sich die Sozialdemokraten. Von der Regierung wurde erklärt, die größere Beamtenschaft im Büro des Reichspräsidenten sei notwendig zur Beantwortung der zahlreichen Vitz- und Unterfückungsgeheusche. Der Gedanke an eine Nebenregierung sei absurd.

Die Organisation der Landesfinanzämter beschäftigt den Haushaltsausschuß der Landesversammlung. Man faßte eine Entschließung dahin, daß der vorgelegte Organisationsplan nicht in allen Teilen den wirtschaftlichen Bedürfnissen entspricht, namentlich nicht für die Bezirke der Unterweiser und der Unterelbe. Ferner verlangt die Entschließung eine gesetzliche Regelung der Bezirkseinteilung.

Streit deutscher Justizbeamter in Posen. Die Justizabteilung des polnischen Ministeriums für Posen hat an den Oberlandesgerichtspräsidenten in Posen ein längeres Memorandum gerichtet, in dem sie eine ganze Reihe von Ungehörigkeiten (!) im Verhalten der Gerichte gegenüber den polnischen Behörden verzeichnet (!) und feststellt, die Kompetenz des preussischen Justizministers sei durch die Demarkationslinie begrenzt. Gleichzeitig verlangt das Memorandum die strenge Befolgung der polnischen Verordnungen und eine diesbezügliche Erklärung bis zum 27. d. M. Darauf traten die Gerichtsbeamten in den Streit, in dem sie auch teilweise noch verharren, trotzdem das Präsidium des Oberlandesgerichts sich dagegen aussprach.

Die Franzosen für Warenkauf in Deutschland. Der Pariser „Temps“ schreibt, daß man in Zukunft unbedingt weniger in der Schweiz und mehr in Deutschland einkaufen müsse. Der gesunde Menschenverstand gebietet, daß wir in unserem materiellen Interesse in jenem Lande kaufen, wo sich der Frank noch eines Aufgebotes erfreut. Man darf sich zudem keinen Illusionen hingeben, denn gewisse Produkte, die wir in England oder in der Schweiz kaufen, sind rein deutsche Produkte. Wir kaufen sie dort, wo wir nicht nur auf das Aufgeld verzichten, sondern auch noch eine Prämie für den hochstehenden Schweizer Franken bezahlen. Also muß die Parole lauten: Direkt von Deutschland kaufen und weniger in der Schweiz. Dazu bemerkt das „Berliner Tageblatt“, die Auslassungen des Pariser „Temps“ hätte noch vor Wochen kein Mensch für möglich gehalten. Es werde immer deutlicher, daß die Politik der Ideale letzten Endes doch nichts anderes als eine unverhüllte materialistische Interessenpolitik ist.

Westpreussische Sperrung der Lebensmittelzufuhr nach dem Reich. Nach dem Muster ihres Vorgehens in Posen haben die Polen auch in Westpreußen ein polnisches Ernährungsamt gegründet. Sein Vertreter, Rittergutsbesitzer v. Domitrowski auf Debenz, veröffentlicht folgende Bekanntmachung: „Aufgabe dieses von der Delegation der Volksräte ins Leben gerufenen, von den preussischen Behörden aber nicht anerkannten Amtes ist es, darüber zu wachen, daß aus den westpreussischen Kreisen, die in Kürze an Polen abgetreten werden, keine Lebensmittel nach Deutschland ausgeführt werden.“ Dieser Widerstand würde durch Bergelungsmassnahmen wohl zu brechen sein.

Tilfit gegen den Grenzschutz. Die sozialdemokratische Stadtverordnetenmehrheit forderte die Reichsregierung telegraphisch auf, keine neuen Truppen nach Tilfit zu verlegen. Sollte der Stad von der Goltz wie angekündigt mit Artillerie aus Kurland eintref-

ten, so werde die Tilsiter Arbeiterschaft mit allen Mitteln den Einzug dieser Truppen zu verhindern suchen. Die Tilsiter Arbeiterschaft würde den Generalstreik erklären und die Arbeit nicht früher wieder aufnehmen, bis Tilsit wieder frei ist. Die bereits in Tilsit liegenden Truppen seien ein genügender Schutz der Stadt.

Die Gemischte Besatzung für Oberschlesien und Danzig. Wie verlautet, hat der Oberste Rat die Frage der militärischen Besetzung von Danzig und Oberschlesien behandelt. Man hatte die Wahl zwischen zwei Möglichkeiten, die erste war, Danzig durch britische Truppen, Oberschlesien nur durch Franzosen zu besetzen. Man hat aber beschlossen, der militärischen Besetzung überall einen internationalen Charakter zu geben und sowohl nach Danzig wie nach Oberschlesien eine gemischte Besatzung von Franzosen und Engländern zu schicken.

Kommunikationsverhältnisse in Dresden. In Dresden wurden zehn Kommunisten verhaftet, darunter der Parteisekretär der kommunistischen Partei für Ostschlesien, sein Gehilfe und ein Russe, dessen Name als Dekadenz diente. Sieben Mann wurden wieder freigelassen, während Dettmann, der Sekretär und der Russe weiter in Schutzhaft gehalten wurden.

Zur Hebung der Arbeitsluft im Bergbau. Donnerstag nachmittag fanden in Essen Verhandlungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen statt, in denen eine endgültige Regelung der Lohn-erhöhung für die Bergarbeiter vorgenommen wurde. Die Lohn-erhöhungen sollen vom 1. Oktober ab gezahlt werden. Man hofft dadurch die Arbeitslust im Bergbau zu heben.

Die Zeitungsverleger gegen die Anzeigensteuer. Der Verein Deutscher Zeitungsverleger hat an den Reichsfinanzminister Ergrüßung nachstehende Dringung gerichtet: Da es für die Zeitungsverleger unmöglich war, die Unterzeichneten zu empfangen, legen wir hierdurch im Namen des Vereins Deutscher Zeitungsverleger noch einmal nachdrücklich Protest ein gegen den Plan einer Sonderbesteuerung des Anzeigenteiles der deutschen Zeitungen. Eine solche Ausnahmesteuerung stellt eine schwere Ungerechtigkeit dar und würde die schon von wirtschaftlichen Ursachen stark bedrückten Zeitungen auf das empfindlichste treffen und zugleich durch Abwanderung der Anzeigen in den redaktionellen Teil die bisherige Integrität der deutschen Zeitungen auf das schärfste gefährden. Der durch die Sonderbesteuerung unvermeidlich eintretende Zusammenbruch vieler Zeitungen würde überdies eminente Interessen der Allgemeinheit auf das tiefste berühren.

Rundschau im Auslande.

Die Nationalräte Deutsch-Südtirols werden nach der Ratifizierung des Friedensvertrages aus der Wiener Nationalversammlung ausscheiden.

Lloyd George will sich demnächst in einer Rede über die allgemeine Politik mit seinen Gegnern auseinandersetzen.

Italien: Wilsons Entscheidung über Fiume.

Wilson's Antwort ist bei der italienischen Regierung eingetroffen. Der amerikanische Präsident verlangt vor jeder Entscheidung, daß d'Annunzio Fiume räume. Während Lloyd George und Clemenceau die Stadt Fiume an Italien geben und den Hafen internationalisieren wollen, sei Präsident Wilson der Meinung, daß Stadt und Hafen nicht getrennt werden können, und daß das einzige, was er annehmen könne, die Internationalisierung beider Teile und ihre Stellung unter den Völkerbund sei. Während dem hat d'Annunzio die dalmatinischen Städte Trau und Sebenico besetzt. Auch die Besetzung von Spalato ist geplant. „Il Tempo“ spricht die Befürchtung aus, daß die Verbündeten Italien die Besetzung dalmatinischer Städte nicht zugeben, sondern einschreiten werden, wodurch internationale Verwicklungen entstehen können. — Nach einer Meldung der „Associated Press“ aus London verlautet, daß die italienische Regierung die Alliierten ersucht habe, ein Truppenkontingent aus den Streitkräften der Verbündeten mit Ausnahme der Italiener zusammenzustellen, um gegen d'Annunzio in Fiume vorzugehen. — Am Kronrat nahm der Sozialist Turati nicht teil.

Local- und Provinzialnachrichten.

Bielefeld, 27. September 1919.

Rechtsauskünfte der Minden-Ravensberger Rechtsanwaltsstelle. In der nächsten Woche sind Sprechstunden im Ummeln im Gemeindehaus am Dienstag von 2 1/2 bis 3 Uhr; in Siefer beim Gastwirt Oberwittler am Mittwoch von 10 bis 11 Uhr; in der Geschäftsstelle an der Bülowstraße täglich von 9 bis 12 und von 3 bis 6 Uhr.

Wieviel Erwerbslose gibt es im Reiche? Die Frage erörtert das Septemberheft des Reichs-Arbeitsblattes eingehend. Es stellt fest, daß die Erwerbslosigkeit seit Juni dauernd ziemlich gleichmäßig abgenommen hat; schätzungsweise gibt es zurzeit im Reiche etwa 550 000 bis 650 000 Unterstützungsbedürftige. Am stärksten ist die Erwerbslosigkeit natürlich in den Großstädten: Auf 1000 Einwohner entfallen in Groß-Berlin 42, in den Städten mit mehr als 500 000 Einwohnern 36, in den mit 100 000—500 000 Einwohnern 7 Erwerbslosenunterstützungsempfänger, während auf dem Lande bekanntermaßen Arbeitermangel herrscht.

Verteilter Postverkehr ins Ausland. Gleichzeitig mit der am 1. Oktober 1919 erfolgenden Gebührenerhöhung im inneren deutschen Postverkehr treten auch verschiedene Gebührenerhöhungen im Postverkehr mit dem Ausland ein. Für Briefsendungen nach Deutsch-Oesterreich, Luxemburg, der Tschecho-Slowakei und Ungarn gelten künftig die inneren deutschen Gebührensätze. Nach dem übrigen Auslande werden die Gebühren für Briefe bis 20 Gramm auf 30 Pfennig und für jede weiteren 20 Gramm auf 20 Pfennig, ferner die Gebühr für Postkarten auf 15 Pfennig, die Mindestgebühr für Geschäftsbriefe auf 30 Pfennig und die Mindestgebühr für Warenproben auf 20 Pfennig erhöht.

Letzte Nachrichten.

Gegen polnische Plünderer.

Mit Rücksicht auf die in Thorn wiederholt vorgekommenen Plünderungen und schwere Bestrafung der polnischen Teilnehmer warnt der polnische Delegierte für Thorn, Rechtsanwalt v. Tempst, sowie die polnische „Mada Ludowa“ durch Maueranschlag vor Anstiftung sowie Teilnahme an Unruhen aller Art, durch welche die polnische Sache schwer geschädigt werde. Entgegenstehende sollen später zur Verantwortung gezogen werden.

Die Morbzentrale der Kommunisten.

Die Münchener Polizei hat ermittelt, daß die Fäden zu der in Berlin erfolgten Ermordung des Inspektors Blau von München aus liefen. Der Schlichter des Parms hat ihn ermordet. Er wurde von dem Münchener Kommunisten Herrn den Berliner Kommunisten in die Hände geliefert. Die Berliner Polizei hat festgestellt, daß eine kommunistische Morbzentrale in Deutschland, vermutlich in Berlin, besteht, um Mißliebige durch Mordeaktionen oder einzelne beauftragte Mordmörder zu beseitigen.

Neuer Gruppeneinsatz der Franzosen.

Das Kommando der 10. französischen Armee in Mainz hat angeordnet, daß künftighin alle Regimentsfähnen und militärischen Leuchenzüge der Besatzungstruppen zu grünen sind; die Nationalhymne muß entblühten Hauptes angehört werden.



Die Uhr der Zukunft

ist die Leuchtuhr, weil sie auch nachts die Zeit bequem erkennen lässt. Jede Uhr kann nachträglich in meiner Werkstatt mit Leuchtausstattung versehen werden.

Fritz Böckelmann Ww.
Am Markt 5. Bielefeld. Telefon 711.

Neue Bücher.

Die Welt des Geheimnisvollen.

Allgemein verständlich dargestellt von **Pfarrer F. Kerbst.**

Preis hübsch kart. M. 2.—

Aus dem Inhalt: Träume — Der Okkultismus — Die Theosophie — Visionen — Spukgeschichten — Der persönliche Teufel — Zauberei — Der Spiritismus — Erscheinungen Abgestorbener — Beseffenheit — Die Engel — Die göttliche Prophetie.

Der Verfasser bringt in vorliegender Schrift in seiner tiefgründigen Art Licht in das geheimnisvolle Gebiet. Wahrheit suchenden Seelen, die oft nicht wissen, was sie von so manchen geheimnisvollen Vorgängen und Erscheinungen zu halten haben und Orientierung suchen, wird hiermit ein wertvoller Dienst erwiesen.

Aus dem inwendigen Leben und seiner Vollendung.

Eine Aufforderung zur Entscheidung.

Zwölf Vorträge von **Pastor D. Traugott Hahn.**

Preis M. 6.—, geb. M. 8.—.

Meisterhafte erweckliche Vortragskunst finden sich in diesem Buch, so die Vorträge über die Fragen: „Was hindert in dir die Tilgung deiner Schuld?“ und „Gibt es heilige Menschen auf dieser Erde?“ Weiter seien genannt: Die wichtigste Entscheidung des Lebens. — Ist Schuld etwas Eingebildetes oder Wirklichkeit? — Die größte Freude des irdischen Lebens. — Rätsel der Liebe Gottes. — Gibt es für uns eine Ewigkeit, und was kann ihr Inhalt für uns sein?

Seine Beichte.

Ein Lebensbild von **Pfarrer Wilhelm Brandt.**
Mit Buchschmuck von G. Wedepohl.

4. Auflage.

Preis gebunden M. 7.50.

Ein Buch für erwachsene Christen, die ergreifende Schilderung eines verheißenen Lebens. — Selten ist das ernste Problem des Kampfes mit der Sünde, und nach der Sünde mit dem schuldbeladenen Gewissen so tief erfaßt und so herzerregend dargestellt worden, wie hier. — Die edle Sprache des Buches ist von dichterischer Schönheit, die Darstellung von hinreißender Kraft.

Zu vorstehenden Preisen kommt ein Teuerungszuschl. von 10%.

Buchhandlung der Anstalt Bethel
Bethel b. Bielefeld.

Haarausfall, Schuppen usw.

beseitigt sicher

Ernst Weiß rationelle Haarkur.

— Dankschreiben über Heilerfolge zur Einsicht. —

Weiss Haarpflege

Viktoriastr. 10 Bielefeld Viktoriastr. 10.

Zahnpraxis W. Heidbrede

Bielefeld, Grabenstraße 22.

Sprechstunden: Vorm. 9—1, nachm. 2—7 Uhr.

Uhren u. Goldwaren

Trauringe in reizender Verpackung

empfehlen in größter Auswahl bei streng reeller fachmännischer Bedienung zu äußerst billigen Preisen mit langjähriger Garantie

W. H. Aremeyer, Herford. Radewigerstraße 18, n. d. G. Vereinshaus.

Uhrmacher und Goldschmied.

Reparaturen in eig. Werkstatt. Solide Ausführung. Mäßige Preise.



W. Taubert

Bielefeld, Altstädter Kirchstrasse 4.

Stahlwaren-

Spezialgeschäft

Schleiferei u. Reparaturwerkstatt

Werbet für die Zeitung!

Damen-Hüte zum Umpressen

(Fäls, Velour, Felbel u. s. w.)

erbitte jetzt

Wilh. Rahtert, Putz, Oberstr. 14.

Die Evangelisch-soziale Schule in Bethel b. Bielefeld

bildet Sekretäre für die christlichen Gemeindefunktionen aus. Sie übernimmt auch Anträge auf Anstellung in der Gemeindefunktion. Der Bedarf an Sekretären wächst täglich. Anmeldungen geeigneter Persönlichkeiten sind deshalb willkommen. Geeignet sind nur solche, welche wirklich Arbeiter gewesen sind und dann sich ausgebildet haben, sei es als Diakon, Gemeindefunktionär, Jugendpfleger, Missionsdiakon oder was es sei.

Der Leiter der Evangelisch-sozialen Schule **D. Jaeger.**

Pr. Worpel, Herford



Zerrissene Strümpfe, Wollne, Baumwollne, Seiden
Flachs werden schnellstens repariert bei

M. Jungblut

Altstädter-Kirchstr. 20.

Für einen ländlichen Haus-

alt wird ein

Dienstmädchen

welches melken und mit Vieh umgehen kann, gegen hohen Lohn sofort gesucht.

Heinr. Tillmann, Kettenfabrik, Grün: 16. Hierlohn.

Kirchl. Nachrichten.

Bielefeld.

15. Sonntag nach Trinitatis, 28. September 1919.

Kollekte für das Johanniskirch in Paderborn.

Altstädter Kirche. Vorm. 8 Uhr P. Ufener. Vormittags 10 Uhr P. Trautmann. — Vorm. 11 1/2 Uhr Kindergottesdienst.

Reformierte Kirche. Vormittags 8 Uhr Kandidat Raa. Vorm. 10 Uhr P. Koopmann. Vorm. 11 1/2 Uhr Kindergottesdienst. Abends 6 Uhr Gemeindefunktion Gottesdienst in der Reform. Kirche.

Reformierte Kirche. Vorm. 10 Uhr P. Mund. Vormittags 11 1/2 Uhr Kindergottesdienst. Montag 8 1/2 Uhr Kindergottesdienst. Donnerstag 8 1/2 Uhr Vorbereitung zum Kindergottesdienst.

Paulus-Kirche. Vormittags 8 Uhr P. Gadländer. Vorm. 10 Uhr P. Hammer. Beichte und Abendmahlsfeier. 1/2 12 Uhr Kindergottesdienst.

Martin-Luther-Kirche. Vormittags 10 Uhr P. Ufener. Vorm. 11 1/2 Uhr Kindergottesdienst. Mittwoch abends 8 1/2 Uhr Gemeindefunktion, P. Ufener.

Johanniskirche. Vormittags 8 Uhr P. Hammer. Vorm. 10 Uhr P. Köhne. 11 1/2 Uhr Kindergottesdienst. Mittwoch 8 1/2 Uhr Bibelbesprechung, P. Köhne.

Jakobus-Gemeinde. 10 Uhr Missionsgottesdienst, Pastor G. von Bodelschwingh. 11 1/2 Uhr Festlicher Kindergottesdienst. 12 1/2 Uhr Lektüre. — Nachm. 3 Uhr Missionsfestversammlung.

Landeskirchl. Gemeinschaft. Hauptversammlung, Kaiserstraße. Sonntags 6 1/2 Uhr: Evangelisation. Sonntags 1 1/2 Uhr: Sonntagschule. — Donnerstags 8 Uhr: Bibelstunde. — Mittwochs 8 Uhr: Gesangsverein. Sonntags 7 1/2 Uhr: Beichtkruzgruppe.